

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

377

Wien, am Montag, den 30. Nov.

1931.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1932.

Der Wiener Stadtsenat trat heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 ein. Der amtsführende Stadtrat Breitner führte aus, dass mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise die Erstellung des Voranschlages ungeheuer schwierig sei. Wohl ist bei den Ansätzen schon der geringere Ertrag der letzten Monate zugrundegelegt, doch lässt es sich keineswegs voraussagen, ob die Ergebnisse nicht weit ungünstiger sein werden. Ein Budget des Zusammenbruches zu machen, sich nur dem Pessimismus hinzugeben, sei nicht zweckmässig. Wohl aber werde es sich als notwendig erweisen, die Entwicklung der Verhältnisse förmlich von Woche zu Woche sorgfältigst zu beobachten und die dementsprechenden Folgerungen ohne Zeitverlust zu ziehen. Strengste Sparsamkeit sei selbstverständlich Gebot. Die Abstriche, die bereits gemacht werden mussten, seien tief einschneidend. Die Endsummen der Einnahme- und Ausgabe-posten haben je eine Kürzung von etwa 19 Prozent erfahren. Linear konnte es naturgemäss nicht geschehen. Beim Personal ist das Ersparnis rund 6 Prozent. Beim Fürsorgewesen sind sogar Mehraufwendungen erforderlich. Dafür mussten aber die Investitionen, die Wohnhausbauten sehr stark gedrosselt werden. Ein erfreuliches Moment sei, dass der Gemeindehaushalt einen sehr bescheidenen Schuldenstand aufweise. Während die Hoheitsverwaltung des Bundes durch den Anleihedienst eine Belastung von ungefähr 14 Prozent erfahre, gebe die Gemeinde für ihren Anleihedienst bei einer Gesamtausgabepost von nahezu 400 Millionen Schilling bloss 1 1/2 Millionen Schilling aus. Von den gesamten Steuereinnahmen und Abgabenertragsanteilen von rund 260 Millionen Schilling werden für das Wohlfahrtswesen 93 1/2 Millionen Schilling oder 36 Prozent, für das Schulwesen 70 1/6 Millionen Schilling oder 27 1/2 Prozent, für den Wohnhausbau 50 Millionen Schilling oder 19 1/4 Prozent, also zusammen 82 1/5 Prozent aufgewendet. Eine solche Verteilung könne als sehr sozial bezeichnet werden.

Alle öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich, angefangen vom Bund und endend bei den kleinsten Gemeinden, müssen für sich und die von ihnen abhängigen Monopole und Betriebe die Investitionstätigkeit ungemäss kürzen. Die Folge davon kann nur eine sehr verhängnisvolle Steigerung der Arbeitslosigkeit sein. Dass es jetzt unmöglich ist, Anleihen aufzunehmen, wird übereinstimmende Meinung sein. Um nun einigermaßen der Verschärfung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die Wohnungsnot zu mildern, werde dem Landtag eine Vorlage auf Erhöhung der Wohnbausteuer zugehen. Es sei beabsichtigt, den Ertrag der Wohnbausteuer um rund 20 Millionen zu heben. Von der Erhöhung der Wohnbausteuer sollen 90 Prozent der Steuerträger nicht berührt werden. Hinsichtlich der städtischen Unternehmungen bemerkt der Berichterstatter, dass sich das Gaswerk seit Jahren in einem ausgezeichneten Zustand befindet. Die Bestellung des Direktors Menzel zum Leiter der Elektrizitätswerke hat sich als sehr zweckmässig erwiesen. Die Strassenbahn leidet unter dem überall zu verzeichnenden Verkehrsrückgang, doch hat sich auch dort der Stand gebessert. Es werden alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um die gewaltige Weltwirtschaftskrise zu überdauern. Sparwut ist die Signatur der nächsten Zukunft.

Stadtrat Kunschak stellt fest, dass der Voranschlag auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse keine Rücksicht nehme. Der Voranschlag stehe im Zeichen eines Optimismus, der fast Leichtfertigkeit genannt werden könnte. Ich verweise nur auf die Krise der Kreditanstalt, deren Auswirkungen auch heute noch nicht abgesehen werden können. Die Dinge liegen heute so, dass die Kreditanstalt-Krise nicht nur materielle, sondern auch politische Auswirkungen haben werde. Die letzten Tage beweisen zur Genüge, wie sehr Oesterreich durch die Kreditanstalts-Krise in Abhängigkeit vom Ausland geraten sei. Die Auswirkungen der Kreditanstaltskrise werden sich auch im Gemeindehaushalt bemerkbar machen. Im Voranschlag selbst seien Steuereingänge eingesetzt worden, die sicher hinter den veranschlagten Beträgen zurückbleiben werden. Die Tragik des Voranschlages ist wie in den Vorjahren wieder der Wohnhausbau, für den im Voranschlag 50 Millionen Schilling eingesetzt worden seien. Nun erfährt man, dass Sie eine Erhöhung der Wohnbausteuer planen, die ein Bruttoergebnis von 20 Millionen Schilling bringen soll. Ich stelle fest, dass von einer Erhöhung der Wohnbausteuer im Sinne der Beschlüsse der sozialdemokratischen Vertrauensmänner keine Rede sein könne. Sie werden damit bei uns auf den heftigsten Widerstand stossen. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte St. R. Kunschak, dass die Minderheit auch den Voranschlag für 1932 ablehne.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 30. November 1931.

Stadtrat Dr. Alma Motzko bemerkt, dass die Steuerpolitik der Gemeinde auf das gesamte Wirtschaftsleben die ruinösesten Auswirkungen habe. In der Fürsorge werde noch immer an der Bürokratisierung festgehalten, wodurch bedeutende Beträge für lange Zeit immobilisiert werden. Bei der Besprechung der Ausgabenwirtschaft im Fürsorgewesen bemerkt die Rednerin, dass bei der Tuberkulosefürsorge ganz bedeutende Abstriche gemacht worden seien. Die Ersparungen betragen rund 1'5 Millionen Schilling. Derartige Ersparnisse auf dem Gebiete der Tuberkulosefürsorge seien in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not unmöglich. Sehr bedauerlich sei auch die Kürzung der Post für Subventionen; dadurch werde besonders die private Fürsorge betroffen. Der Versuch, auf Kosten der "Winterhilfe" Ersparungen in der Fürsorge zu erzielen, müsse die schärfste Kritik finden.

Vizebürgermeister Hoss erklärt unter anderem, dass es die vornehmste Pflicht aller öffentlichen Faktoren sei, in der heutigen Zeit auf die Steuerträger die grösstmögliche Rücksicht zu nehmen. Industrie und Gewerbe seien tief verschuldet, nur die Gemeinde Wien habe einen ganz geringen Schuldenstand. Das beweise, dass auf die Steuerträger der härteste Druck ausgeübt werde. Die Bewegung in der Fürsorgeausgabe zeige, wie schwer sich die Wirtschaftskrise auswirke. Auf solche Verhältnisse müsse doch im Gemeindehaushalt unbedingt Rücksicht genommen werden. Die Anträge der Minderheit werden nach wie vor von der Mehrheit nicht beachtet, weshalb auch der Veranschlag für 1932 nicht die Genehmigung der Minderheit finden könne.

Gemeinderat Krammer bespricht ausführlich die Steuerpolitik der Gemeinde, wobei er betont, dass eine solche Steuerpolitik in letzter Linie immer nur die Arbeiter, Angestellten, Fixbesoldeten und Konsumenten treffe. Eine derartige Steuerpolitik müsse unbedingt abgelehnt werden. Im Veranschlag seien Umgruppierungen vorgenommen und viele Posten zusammengezogen worden. Trotzdem sei in vielen Fällen den Vorschlägen und Wünschen des Rechnungshofes nicht Rechnung getragen worden. Das sei ein Uebelstand, der zu Unklarheiten führen müsse.

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Breitner auf die Bemerkung des St. R. Kunschak, der Veranschlag sei geradezu mit Leichtfertigkeit erstellt worden, dass von einer leichtfertigen Aufstellung des Veranschlagtes unter keinen Umständen gesprochen werden könne. Wenn auch mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise die Erstellung des Veranschlagtes ungeheuer schwierig gewesen sei, sei trotzdem mit äusserster Gewissenhaftigkeit vorgegangen worden.

Damit ist die Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II abgeschlossen; die Positionen der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen werden genehmigt.

Nächste Sitzung morgen, Dienstag, 16 Uhr.

Kartenverkauf durch Schulkinder.

Dem Stadtschulrat wurde zur Kenntnis gebracht, dass Kinder zugunsten einer von einem Verein zu veranstaltenden Weihnachtsfeier bei Geschäftsleuten und ohnparteien Eintrittskarten zum Kauf anbieten und im Falle der Ablehnung Spenden erbitten, die die Kinder selbst einkassieren. Da jede Heranziehung von Kindern zu solchen Gelügeschäften völlig unpädagogisch ist und die Moral der die Gelder kontrollos einkassierenden Kinder unter Umständen schwer gefährdet werden kann, ersucht der Stadtschulrat, derartige Bestrebungen in keiner Weise zu unterstützen.